



# „Den Opfern Stimme geben, den Tätern Name und Gesicht“

Gespräch mit Christine Hoffmann über Waffenhandel und den politischen Streit um Rüstungsexporte

Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur. Doch welche Unternehmen sind daran beteiligt? Wer ist für die Kontrolle und Begrenzung verantwortlich? Wie stehen die politischen Parteien zum Rüstungsexport? Was ist die Position der Kirchen? Kann Waffengewalt überhaupt ein legitimes Mittel sein im Einsatz für Menschenrechte und Demokratie? Wer sind die Profiteure, wer die Leidtragenden beim Geschäft mit Rüstungsgütern? Wie realistisch ist es andererseits, auf ein umfassendes Verbot des Waffenhandels zu setzen? Wie viele Arbeitsplätze wären gefährdet, wenn Entwicklung, Produktion und Verkauf von Rüstungsgütern radikal eingeschränkt würden? Anhand dieser und weiterer Fragen lotet Christine Hoffmann, Generalsekretärin von Pax Christi, Wege aus, auf denen eine Zukunft ohne Waffenhandel erreicht werden könnte. Eine Zukunft, in der die Produktion ziviler Güter die Rüstungsproduktion ersetzt, in der humanitäre Ziele mit gewaltfreien Mitteln statt mit Militäreinsätzen verfolgt werden.



Christine Hoffmann

**Amosinternational** Muss man den guten Ruf, den Deutschland heute als friedliebendes Land genießt, relativieren beim Blick auf die Rüstungsexporte?

**Christine Hoffmann** Jedenfalls müssen wir sehen, dass Deutschland weltweit der drittgrößte Rüstungsexporteur ist, nach den USA und Russland. Leider gebührt Deutschland auch der zweifelhafte Titel „EU-Meister im Rüstungsexport“, gefolgt von Großbritannien und Frankreich. Zwar vertritt Deutschland offiziell eine vergleichsweise restriktive Philosophie des Rüstungsexports. Die tatsächlichen Zahlen sprechen jedoch eine andere Sprache.

**Amosinternational** Welche Waffen kommen denn vor allem aus Deutschland und welche Konzerne sind da besonders stark engagiert?

**Hoffmann** Deutschland liefert Panzer, U-Boote, Flugzeuge, LKW's, auch Einzelteile wie Panzerketten, die erst später in das entsprechende Endprodukt integriert werden. Viele einzelne Komponenten sind nicht direkt als Rüstungsgüter erkennbar. Häufig handelt es sich auch um sogenannte Dual-Use-Güter, die sowohl zivile als auch militärische Verwendung finden können. Manche Exportgüter, die problemlos zu sein scheinen, werden erst im Ausland zu Kriegsgerät zusammengefügt und dann entsprechend eingesetzt. Verwendung auch im militärischen Bereich finden zahlreiche Güter aus dem Bereiche der Kommunikationstechnologie, Navigationssysteme wie das bekannte GPS, moderne Luftfahrt- und Schifffahrtstechnik usw. Dazu gehören auch Motorenteile, Antriebstechniken, bis zu Schrauben, einfachen Computerprogrammen oder techni-

schen Kleinstteilen, die Verwendung finden bei der Herstellung funktionsfähiger Waffensysteme, die – das muss man sich immer vor Augen halten – den Zweck haben Menschen zu töten. Die Rüstungsexportkontrolle stellt das vor praktische und vor konzeptionelle Herausforderungen.

**Amosinternational** Deutschland als drittgrößter Rüstungsexporteur: Sind dabei die neutralen Produkte, die genauso gut für zivile Zwecke verwendbar sind, eingerechnet?

**Hoffmann** Grundlage für dieses Ranking sind die sogenannten SIPRI-Zahlen des renommierten schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI, die die Zahlen heranziehen, die Deutschland an das UN-Waffenregister meldet. Dual Use sind weder bei den SIPRI Zahlen noch bei den anderen Insti-



tuten wie US Congressional Research Center oder beim Statistischen Bundesamt enthalten.

**Amosinternational** Tauchen in diesen Exportlisten auch weithin geächtete Waffen wie Streubomben und Landminen auf, die dort, wo sie eingesetzt werden, zu einer furchtbaren Geißel für die Zivilbevölkerung werden?

**Hoffmann** Nein, das ist nicht der Fall. Deutschland hat sowohl ein Abkommen gegen Landminen, als auch das Abkommen gegen Streumunition mit unterzeichnet. Solche Waffen dürfen hier nicht produziert werden. Das kann uns jedoch nicht beruhigen. Denn deutsche Finanzunternehmen sind weiterhin an der Finanzierung von Streumunition beteiligt.

**Amosinternational** Können Sie da konkrete Namen nennen? Welche Finanzinstitute sind das und welche Unternehmen beteiligen sich direkt an der Rüstungsproduktion?

**Hoffmann** Bei der Produktion von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sind einige sehr renommierte Konzerne ganz groß im Geschäft: So



Bei den Namen Daimler oder Thyssen-Krupp sollte man nicht zuletzt an Rüstungsexporte denken

sollte man bei der *Daimler AG* nicht nur an den Mercedes denken, sondern an die Beteiligungen bei *EADS*, dem großen europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen, das gleichzeitig Europas zweitgrößter Rüstungskonzern ist. *ThyssenKrupp Marine System* bezeichnet sich selbst als weltweit führend in der maritimen Industrie. Wer denkt da schon als erstes an U-Boote, an große Waffensysteme und moderne Kriegsführung. Bei *Rheinmetall*, *Heckler und Koch*, oder *Krauss Maffei Wegmann* ist das schon etwas anderes. Sie sind allgemein als Waffenproduzenten bekannt, die Größenordnung

und die weltweite Verbreitung ihrer tödlichen Produkte dürften weniger bekannt sein. *Krauss-Maffei Wegmann* und *Rheinmetall* produzieren neben vielem anderen wesentliche Teile des Leopard Panzer, den Saudi-Arabien kaufen möchte.

**Amosinternational** Und welche Finanzunternehmen können Sie nennen?

**Hoffmann** Die Deutsche Bank war trotz Ächtung finanziell beteiligt bei Streubombenherstellern. Die NGO „Facing Finance“ hat jüngst darauf hingewiesen, dass die Deutsche Bank trotz ihrer Ankündigung, aus der Finanzierung von Streumunition auszusteigen, weiter Kredite an Streumunitionshersteller vergibt und Anteile an Firmen hält, die Streumunition herstellen. Ob das ganz aktuell noch der Fall ist, kann ich nicht sicher sagen. Interessant ist ja auch die Frage, wer bei der Produktion von Atombomben beteiligt ist. Auch da taucht bei den Finanziers ein vertrauter Name auf: der Allianz-Konzern, den wir eher als großes Versicherungsunternehmen kennen. Laut einer Studie, die die internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen „I CAN“ gemeinsam mit der holländische Forschungsgruppe PROFUNDO herausgegeben hat, hält die Allianz Aktien im Wert von 104,77 Millionen US-Dollar (4,45 Prozent) an Alliant Technology, einem US-Unternehmen, das an der Herstellung atomarer Raketen beteiligt ist.

**Amosinternational** Wie kann man sich dagegen wehren?

**Hoffmann** Da sind wir alle als kritische Konsumenten gefragt. Die Friedensbewegung stellt mit der erwähnten Studie „Don't bank the bomb“ Informationen zur Verfügung. Wer will, kann sich informieren und hat so eine bessere Entscheidungsgrundlage. Wenn viele sich kritisch äußern, kann sich etwas ändern. Die Diskussion über nachhaltige Geldanlagen, über nach-

haltiges Investment gibt es ja, auch in den Kirchen. Das muss weiter gehen, muss mehr Öffentlichkeit erlangen. Wir sollten uns dafür interessieren, was mit unserem Geld gemacht wird.

Der lautstarke Protest fehlt auch in Bezug auf die Situation in Afghanistan. Dort ist die Bundeswehr seit 10 Jahren am Krieg beteiligt. Wir sollten uns von der Illusion verabschieden, dass Bundeswehrsoldaten im Auslandseinsatz nicht töten, oder dass die in Deutschland produzierten Waffen dem Frieden dienen. Waffen haben eindeutig den Zweck zu töten.

**Amosinternational** Muss man da nicht doch unterscheiden zwischen Terrorismus, Völkermord, gewaltsamer Unterdrückung von Demokratiebewegungen einerseits und den militärischen Interventionen zum Schutz von Menschenrechten, zur Verhinderung massenhaften Mordens? Oder halten Sie es nicht für möglich, humanitäre Ziele notfalls auch mit Waffengewalt zu verfolgen?

**Hoffmann** Schon vor dreißig Jahren hat pax christi eine Kampagne mit dem Titel „Produzieren für das Leben“ gemacht, insofern ist die Zielrichtung klar: Wir sollten den Krieg insgesamt ächten und die Rüstungsproduktion insgesamt einstellen. Im Moment geht es um den notwendigen ersten Schritt zum Umsteuern. Oft wird davon gere-



Wir sollten den Krieg und die Produktion von Kriegswaffen insgesamt ächten

det, dass Waffen nur nicht in die falschen Hände geraten dürften. Doch welche Hände wären denn die richtigen, in die die Waffen gelangen sollten? Gibt es richtige Hände für den Einsatz von Waffen? Es muss endlich ehrlich evaluiert werden, ob die sogenannten humanitären Einsätze wirklich die Menschenrechte schützen. Der Einsatz in Afghanistan zeigt, wie dieser Weg Zehntausende von Opfer mit



sich gebracht hat, ohne dass er zum Ziel führt. Über die vielen Menschen, vor allem aus der Zivilbevölkerung, die sterben mussten bei diesem endlosen Militäreinsatz, der einem humanitären Ziel dienen soll, wird viel zu wenig gesprochen. Darüber nachzudenken ist auch unsere Aufgabe in den Kirchen.

**Amosinternational** Die internationale Politik scheint die Kriterien für Militäreinsätze jedenfalls etwas anders zu definieren.

**Hoffmann** Auch in der deutschen Politik gibt es mittlerweile eine erschreckende Tendenz, den Militäreinsatz als ein politisches Mittel unter anderen anzusehen. Die Veränderung der Bundeswehr hin zu einer „Armee im Einsatz“ folgt einer Denkart, die sich von Krieg als äußerstem Mittel im Sinne einer *ultima ratio* weit entfernt hat. Stattdessen geht es hin zum Einsatz von Militär immer dann und überall dort, wo das nach Abwägung der Argumente politisch opportun erscheint. Dafür sehe ich in der Bevölkerung keine Zustimmung und wir sind selbst gefragt, die Politik zu bremsen. Nicht nur bei der Wahl alle vier Jahre auch durch Engagement und den Dialog mit unseren Abgeordneten.

**Amosinternational.** Hinzu kommt, dass die Grenzen dessen, was sich hinter dem Begriff „Militäreinsatz“ verbirgt, zunehmend verschwimmen. Müsste man nicht auch da genauer hinschauen?

**Hoffmann** Das ist richtig. Nehmen Sie nur den Drohnenkrieg in Afghanistan. Soldaten sitzen in den USA und steuern von dort aus die Einsätze in Afghanistan. Sie haben keinen direkten Kontakt mehr zu dem, was sie mit den Drohnenangriffen vor Ort anrichten. In Afghanistan und auch jenseits der Grenze zu Pakistan sind Drohnenangriffe inzwischen tägliche Realität. Diese Einsätze gelten als zielsicher. Doch der sogenannte Kollateralschaden ist und bleibt Realität – auch dieser Kriegsführung. So kommen laut Experten bei einem

Angriff auf eine Zielperson 17 unbeteiligte Zivilisten ums Leben. Da stellt sich die Frage nach dem Schutz der Menschenrechte doch ganz neu und da wird vieles schön geredet.

**Amosinternational** Kommen wir noch einmal auf die deutschen Rüstungsexportgeschäfte zurück. In diesem Bereich scheint das Schönreden ja ebenfalls dazu zu gehören. Wie anders ließe sich die Diskrepanz erklären zwischen den restriktiven gesetzlichen Regeln einerseits und der Rüstungsexportrichtlinie der Bundesregierung mit ihrer sehr pauschalen Formulierung von Ausnahmemöglichkeiten und deren extensive Nutzung andererseits?

**Hoffmann** Wir haben es zurzeit beim Rüstungsexport mit politischen Leitlinien zu tun, nicht mit restriktiven gesetzlichen Regelungen. Zudem fehlt jede Transparenz, das Parlament erhält nicht mehr Informationen als die Öffentlichkeit. Nehmen Sie den Konflikt um die Lieferung von Leopard 2-Panzern nach Saudi-Arabien. Was wir wissen, wissen wir aus der Presse. Wir gehen davon aus, dass der Bundessicherheitsrat eine entsprechende Voranfrage genehmigt hat. Die Bundesregierung dementiert das nicht, sie informiert aber auch nicht, sie beharrt auf Geheimhaltung. Man kann also davon ausgehen, dass grünes Licht gegeben wurde. Nun ist Saudi-Arabien ein Land, das im Menschenrechtsbericht der Bundesregierung von 2009 nicht gut wegkommt: Es gibt Menschenrechtsverletzungen in vielen Bereichen; es gibt die Todesstrafe; die Opposition und die Meinungsfreiheit sind stark eingeschränkt usw. Die Bundesregierung hat bei der Exportgenehmigung offenbar nach ganz anderen Kriterien entschieden, in erster Linie wohl nach regionalen Stabilitätsinteressen. Es gilt letztlich der Grundsatz der politischen Einzelfallentscheidung.

**Amosinternational** Sind die angeführten Stabilitätsinteressen denn in diesem Fall nachvollziehbar?

**Hoffmann** Nicht wirklich. Um welche Stabilität soll es da gehen? Stabilität ist kein Wert an sich, sondern dient der Gewährleistung menschlicher Sicherheit. Aber wo Menschenrechte verletzt werden, sind Menschen nicht sicher. Welches andere Land könnte es auf diesem Hintergrund überhaupt noch geben, dem Deutschland die politische Genehmigung zur Waffenlieferung verweigern kann, wenn Panzer nach Saudi-Arabien gehen? All diese Fragen müssten dringend in der Öffentlichkeit diskutiert werden.

**Amosinternational** Bei der ebenfalls geplanten Lieferung von weiteren U-Booten an Israel sehen Sie wegen der besonderen Partnerschaft zwischen Deutschland und Israel keine Probleme?

**Hoffmann** Die besonderen Sicherheitsbedürfnisse Israels stehen nicht zur Debatte. Aber Israel ist ein robust auftretender Akteur im Nahostkonflikt. Erinnern sie sich an den Krieg im Gazastreifen vor drei Jahren und an die aktuellen Drohgebärden gegenüber dem Iran. Einen solchen Konflikt durch Waffenlieferungen anzuheizen, ganz gleich an welches Land, ist hoch problematisch. Daher stehe ich auch sehr



Es ist unverantwortlich, den Nahostkonflikt durch Waffenlieferungen in die Region weiter anzuheizen

kritisch zu den U-Boot-Lieferungen an Israel. Bei den zur Diskussion stehenden U-Booten kommt hinzu: Es ist unklar, ob sie nicht umgerüstet und mit Nuklearsprengköpfen ausgestattet werden können. Nimmt Deutschland wesentlich hin, dass seine U-Boote für Atomsprengköpfe nachgerüstet werden? Auch das gehört in die politische Diskussion.

**Amosinternational** Zur Meinungsbildung und Vorbereitung politischer Entscheidungen tragen bei uns besonders die Parteien bei. Das ist jedenfalls ihre Hauptaufgabe.

Gibt es denn unter den parlamentarisch vertretenen Parteien die Position, jeglichen Rüstungsexport in Krisen- und Konfliktregionen oder in nichtdemokratische autoritäre Staaten rigoros abzulehnen?

**Hoffmann** Von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien lehnt Die Linke zurzeit jeden Waffenexport ab. Das ist eine klare, aber im Kontext bestehender europäischer Verpflichtungen schwer haltbare Position. CDU/CSU, FDP, Die Grünen und die SPD sind oder waren allesamt mehr oder weniger häufig beteiligt am Bundessicherheitsrat und dessen Entscheidungen zur Genehmigung von Rüstungsexporten. Manchmal kommt es mir vor, als stünden wir einer Allparteienkoalition der Rüstungsexporteur gegenüber, in die sich alle einreihen, sobald sie einmal an der Regierung beteiligt waren. SPD und Grüne haben im Jahre 2000 die auch heute noch geltenden „Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ entwickelt. Das ist ein Verdienst. Aber auch unter Rot/Grün und in der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD sind Entscheidungen gefallen, die diese Grundsätze konterkarieren.

**Amosinternational** Und anders als bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr gibt es bei den Entscheidungen des Bundessicherheitsrates zu Rüstungsexporten keinerlei parlamentarische Kontrolle.

**Hoffmann** So ist es. Es gibt nicht einmal eine Information des Bundessicherheitsrates an das Parlament geschweige denn an den Souverän, die Bevölkerung, mit welchen Argumenten Lieferungen wie bspw. die Lizenz zum Bau des G36 Gewehrs von Heckler & Koch, einem der tödlichsten Gewehre der Welt, an Saudi-Arabien begründet wird. Diese Fabrik steht mittlerweile und wirbt auf Rüstungsmessen für diese Waffe. Das Parlament ist an den Entscheidungen über Rüstungsexporte in keiner Weise beteiligt. Das hat mit

Demokratie nichts zu tun. Die meisten Entscheidungen werden in einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde abgewickelt. Nur wenn's ganz heikel erscheint, wird ein Antrag hochgereicht und ein kleines Gremium – der Bundessicherheitsrat – trifft diese weit reichenden Entscheidungen unter Geheimhaltung.

**Amosinternational** Und wer ist Mitglied dieses Gremiums?

**Hoffmann** Der Bundessicherheitsrat hat neun reguläre Mitglieder: die Bundeskanzlerin, den Kanzleramtsminister, die Bundesminister des Auswärtigen, der Verteidigung, der Finanzen, des Inneren, der Justiz, für Wirtschaft und für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Entscheidungen werden mehrheitlich getroffen. So hat denn auch die ehemalige Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wiczorek-Zeul gelegentlich erkennen lassen, dass sie nicht mit allen Entscheidungen glücklich ist, die während ihrer Amtszeit hinter verschlossenen Türen getroffen wurden. Heute unterstützt sie unsere Kampagne.

**Amosinternational** Da halten Sie es vermutlich für längst überfällig, dass diese Türen geöffnet werden?

**Hoffmann** Ja, unbedingt. Jeder Schritt hin zu mehr Transparenz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings genügen geöffnete Türen nicht. Mit der Kampagne „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel!“ setzen wir uns dafür ein, dass im Grundgesetz in Artikel 26 Abs. 2 eine Klarstellung erfolgt, dass Rüstungsexporte grundsätzlich verboten sind und Näheres in einem Rüstungsexportgesetz geregelt wird. Dieses Gesetz muss Strafverfolgung ermöglichen, Lizenzvergabe und Hermesbürgschaften für Waffenhandel verbieten und viele weitere Fragen regeln.

**Amosinternational** Bei der Kampagne sind verschiedene christliche Gruppierungen

stark engagiert. Finden die auch Unterstützung bei den Parteien, die das C im Namen tragen?

**Hoffmann** Es gibt auch in der CDU Abgeordnete, die beim Thema Rüstungsexporte kritisch sind. Aber sie sind zurzeit klar in der Minderheit. In den Bundestagsdebatten im vergangenen Jahr



**Politiker dürfen nicht schweigen, wenn rote Linien der Friedensethik überschritten werden**

hat sich auch der Dortmunder CDU-Abgeordnete Erich Fritz kritisch zur bestehenden Exportpraxis geäußert. Für *pax christi* sind solche Politiker aus dem christlichen Kontext – in allen demokratischen Parteien – wichtige Ansprechpartner. Denn wir brauchen Mehrheiten um die jetzige Politik zu verändern, Mehrheiten in allen Parteien nicht nur in der CDU. Wir brauchen Politiker, die nicht schweigen, wenn friedensethisch immer wieder die rote Linie überschritten wird.

**Amosinternational** Nicht nur viele Politiker sind bei diesem Thema erstaunlich wenig interessiert, auch die Öffentlichkeit scheint gegenüber den kritischen Stimmen eher schwerhörig zu sein. Sie haben die Kampagne, für die Sie zum Sprecherkreis gehören, wohl nicht von ungefähr „Aktion Aufschrei“ genannt. Das klingt nach höchster Dringlichkeitsstufe. Können Sie diese Aktion einmal kurz vorstellen?

**Hoffmann** Gestartet haben wir die Kampagne, deren Ziel es ist, den Waffenhandel zu stoppen, am 6. Mai 2011. Unsere Strategie lautet: den Opfern Stimme, den Tätern Namen und Gesicht.

**Amosinternational** Den Opfern Stimme geben, den Tätern Name und Gesicht – wie wollen Sie das machen?

**Hoffmann** Wir setzen dabei auf Menschen aus Ländern, in die deutsche

Waffen geliefert wurden. Wir laden sie ein zu berichten, welche Wirkung das in ihren Ländern hat. Wir haben z.B. Opferzeugen aus Afrika eingeladen, die die Lage dort schildern, die etwas dazu sagen können, wie sehr den Menschen die Ressourcen, die Finanzmittel fehlen, die durch den Kauf von Rüstungsgütern in unvorstellbarem Ausmaß gebunden sind. Emanuel Matondo, ein Journalist und Kriegsdienstverweigerer aus Angola hat bereits viele Informationsveranstaltungen im Rahmen der Kampagne gemacht und über die Bedeutung von Waffenlieferungen nach Angola berichtet. Angola braucht keine Waffen und keine deutschen Freigatten, Angola braucht Entwicklung.

**Amosinternational** Sie haben es allerdings mit einer starken Gegenmacht zu tun, der Rüstungslobby. Oder sehen Sie das anders?

**Hoffmann** Die Rüstungsindustrie hat eine der stärksten Lobbys in Deutschland und Europa. Klar ist das eine große Herausforderung. Man kann sich da schon vorstellen wie im Kampf des David gegen Goliath. Wir wissen aber auch, dass David gewinnen kann. Uns bleibt als überzeugten Demokraten nichts anderes, als mit den Mitteln der Aufklärung, der Information und Argumentation für unsere Ziele zu kämpfen. Wir werden bis zur Bundestagswahl bei möglichst vielen Menschen ein Bewusstsein und Sensibilität dafür schaffen, was deutsche Waffen in anderen Ländern anrichten, schon indem sie beim Kauf Unmengen an Geld verschlingen, und erst recht, wenn sie eingesetzt werden. Niemand soll sich mit Unwissenheit herausreden können. Viele werden ihre Abgeordneten zur Rede stellen.

**Amosinternational** Wie müsste denn nun ihrer Meinung nach die Gesetzeslage genau aussehen, damit die offensichtlichen Schlupflöcher für den Rüstungsexport geschlossen werden? Muss das Grundgesetz in Artikel 26 Abs. 2 um ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten ergänzt

werden, wie das manche Friedensaktivisten fordern?

**Hoffmann** Ja, wie gesagt, *pax christi* sammelt zusammen mit anderen Trägern der „Aktion Aufschrei“ Unterschriften für eine Klarstellung in Art. 26 Abs. 2 des Grundgesetzes. Dort ist bereits jetzt festgeschrieben, dass zur Kriegsführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in den Verkehr gebracht werden dürfen. Ergänzend heißt es: Näheres regelt ein Bundesgesetz. Daraus sind vor mehr als 50 Jahren, Franz-Josef Strauss war damals Verteidigungsminister, in der Praxis statt einem schließlich zwei Bundesgesetze geworden: das Kriegswaffenkontrollgesetz, das deutlich definiert, was Kriegswaffen sind und daher nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden darf. Für diese Waffen ist demnach selbst dann eine Genehmigung der Regierung erforderlich, wenn sie von einem Firmengelände zum Hafen transportiert werden sollen. Hier gilt: nichts geht ohne ausdrückliche Genehmigung. Dann kam damals jedoch der „Sündenfall“ mit dem zweiten Gesetz, dem Außenwirtschaftsgesetz, das gilt sobald ein Produkt den deutschen Hafen verlassen hat. Der Trick liegt darin, dass nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz all das verboten ist, was nicht ausdrücklich genehmigt wurde. Das Außenwirtschaftsgesetz dagegen erlaubt alles, was nicht ausdrücklich verboten ist. Diese zweite Regel erweist sich jedoch beim Rüstungsexport als verheerend. Viele Dual-Use-Güter, chemische Substanzen, neue technische Entwicklungen und zahlreiche andere Produkte sind längst außer Landes gebracht, bevor ihr Zweck einer militärischen Verwendung erkannt wird. Da könnte allein die Verpflichtung zur Genehmigung Abhilfe schaffen.

**Amosinternational** Ausnahmen vom grundsätzlichen Exportverbot könnte es dann immer noch geben?

**Hoffmann** Ja, aber eben nur gesetzlich festgeschriebene, das heißt demokratisch legitimierte Ausnahmen. Man könnte die Ausfuhr z.B. auf EU-Länder oder EU- und NATO-Mitglieder einschränken. Die Hintertür über den Bundessicherheitsrat und dessen nichtöffentliche Entscheidungen wäre verschlossen.

**Amosinternational** Wie wollen Sie bei diesem Vorhaben den zu erwartenden Widerstand der Rüstungslobby überwinden?

**Hoffmann** Auf demokratischem Weg. Laut einer Emnid-Umfrage aus dem vergangenen Herbst ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen jede Art von Rüstungsexporten. Wir wissen um die Stärke der Lobbyisten, die sich zum Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zusammengetan haben. An der Spitze des Verbandes agiert zurzeit Georg Wilhelm Adamowitsch, früher einmal als SPD-Politiker Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, als Geschäftsführer und Chef-Lobbyist. Er kennt das betreffende politische Geschäft.

**Amosinternational** Die Vertreter der Rüstungsindustrie werden eher mit der Wirtschaftskraft, der technischen Innovation, den Arbeitsplätzen argumentieren.

**Hoffmann** Um wie viele Arbeitsplätze geht es denn eigentlich? Vergleichsweise sind es doch nur sehr wenige. Selbst der eigene Dachverband der Rüstungsindustrie spricht nur von 80.000 Arbeitsplätzen. Zum Vergleich: Allein die Einrichtungen des Caritasverbands haben deutschlandweit 500.000 Beschäftigte, die Diakonie noch einmal so viele. 80.000 in der Rüstungsindustrie – das sind 0,2% der über 41 Mio. Erwerbstätigen in Deutschland. Und wir wollen ja nicht, dass diese Arbeitsplätze wegfallen, wir fordern Konversion, die Umstellung von der Waffenproduktion auf die Produktion ziviler Güter. Ingenieure und andere hochqualifizierte Mitarbeiter werden zurzeit in Deutsch-



und gesucht. Es gibt durchaus nachahmenswerte Beispiele für gelungene Konversion. Es geht um Alternativen, nicht um den Abbau von Arbeitsplätzen und Qualifikationen.

**Amosinternational** Die Frage wird sein, ob die Alternativen ähnlich hohe Gewinnchancen in Aussicht stellen, wie sie beim Leistungsgeschäft erzielt werden.

**Hoffmann** Sicherlich spielt das eine wichtige Rolle. Wir sollten aber auch andere Motive nicht außer Acht lassen. Nicht nur die Konzerne, auch unser eigenes Militär, die Bundeswehr und die Sicherheitspolitik haben mächtige Interessen: Eine starke und exportkräftige Rüstungsindustrie treibt die Erforschung und Entwicklung neuer Waffensysteme voran, bietet der eigenen Armee Zugang zu modernster Ausrüstung und Bewaffnung auf höchstem Niveau. Steckt dahinter nicht eine Philosophie der Aufrüstung, die Vorstellung von einer bestens ausgerüsteten Bundeswehr, die sich jederzeit irgendwo in der Welt im Einsatz befindet oder denfalls einsatzbereit ist?

**Amosinternational** Widerspricht das nicht auch den aktuell geltenden Beschlüssen zur Aufrüstung und speziell zur weiteren Vergrößerung der Bundeswehr?

**Hoffmann** Das Ziel einer Verkleinerung der Bundeswehr und das Selbstverständnis als bewegliche Armee im weltweiten Einsatz widersprechen sich nicht unbedingt. In jedem Fall aber widerspricht diese Philosophie der Erfahrung, dass Frieden ein Prozess ist, der nur durch Dialog, durch Versöhnung, durch gewaltfreie zivile Konfliktbearbeitung gefördert werden kann. Es ist verlässlich, einmal genau zu evaluieren, was die sogenannten humanitären Einsätze der vergangenen Jahre wirklich zum Schutz der Menschenrechte beigetragen haben. Solange die Bundesregierung den Afghanistaneinsatz nicht von unabhängigen Experten evaluieren lässt, muss man annehmen,



**Friedensprozesse beruhen auf gewaltfreiem Dialog und beidseitiger Versöhnungsbereitschaft, nicht auf militärischer Stärke**

dass sie selber Zweifel daran hat, mit dem ganzen Aufwand, mit den vielen Opfern überhaupt etwas zum Schutz der Menschenrechte beigetragen zu haben. Die regierungseigenen sogenannten Fortschrittsberichte benennen viele richtige Fakten, scheuen aber die fällige Bewertung, dass der Einsatz längst gescheitert ist.

**Amosinternational** Gehört zu den Leitlinien deutscher Außenpolitik denn nicht auch die Bündnistreue innerhalb der NATO, die Einbindung in die Sicherheitspolitik der EU und auch die angemessene Beteiligung an den Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen?

**Hoffmann** Die Zukunft sehe ich nicht in der Sicherung von Staatsgrenzen, sondern im Konzept der menschlichen Sicherheit, der Sicherheit der Individuen – aller Individuen weltweit. Um ein solches Sicherheitskonzept umzusetzen, bedarf es nicht der militärischen Sicherung von Nationen und Bündnisgebieten; es bedarf vielmehr einer solidarischen Wirtschaftspolitik, eines gerechten Ausgleiches weltweit, es bedarf gemeinsamer Anstrengungen für den Klimaschutz, es bedarf der Umsetzung der gemeinsam beschlossenen Millenniumsziele, es bedarf der Reduzierung von Hunger, der Bekämpfung von Krankheiten.

**Amosinternational** Kann die Verfolgung dieser Ziele, die vermutlich niemand bestreiten wird, nicht Hand in Hand gehen mit der Sicherheitspolitik und auch mit den humanitär begründeten Militäreinsätzen, wie sie von den genannten Bündnissen betrieben werden? Außerdem gibt es Verpflichtungen gegenüber den Verbündeten.

**Hoffmann** Deutschland hat 1992 auf dem Erdgipfel von Rio mit vielen anderen Ländern zusammen versprochen, 0,7 Prozent der Staatsausgaben für die Entwicklungshilfe einzusetzen. Im vergangenen Jahr hat Deutschland 0,38 Prozent eingesetzt. Die europäischen Staaten haben sich jetzt geeinigt, sich für 2015 noch einmal höhere Ziele zu setzen, und da verspricht Deutschland, 0,56 Prozent zu erreichen. Was also das Thema Verpflichtungen und Verlässlichkeit anbelangt: Seit 1992 hält Deutschland die internationalen Verabredungen für den Bereich der Entwicklungspolitik und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit nicht ein. Stattdessen investiert Deutschland massiv und anhaltend in den Afghanistaneinsatz – unter anderem. Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hat die Bundeswehr-Mission in den vergangenen zehn Jahren 17 Milliarden Euro gekostet. Das ist drei Mal so viel wie die von der Bundesregierung offiziell veranschlagten 5,5 Milliarden Euro. Diese Mittel können aber nur einmal eingesetzt werden, sie fehlen beim Einsatz für die o.g. Ziele. Es handelt sich um eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt dass der gesamte Entwicklungshilfeetat für 2012 trotz Steigerung nur 6,4 Mrd. Euro beträgt.

**Amosinternational** Trotzdem spricht das nicht dagegen, die eingegangenen Verpflichtungen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr auch einzuhalten.

**Hoffmann** Deutschland war zu keiner Zeit verpflichtet, sich in Afghanistan militärisch zu engagieren. Die Bundesregierung unter Schröder hat sich damals geradezu aufgedrängt, bei der Afghanistan-Mission mitbeteiligt zu werden. Der Wunsch kam keineswegs von den USA. Die Bundesregierung wollte es unbedingt so. Das sollte man im Hinterkopf behalten.

**Amosinternational** Was wollen Sie gegen die „Vergesslichkeit“ der Bevölke-



## KURZBIOGRAPHIE

**Christine Hoffmann (\*1961)** ist Generalsekretärin der Deutschen Sektion der Internationalen Katholischen Friedensbewegung pax christi. Sie ist Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel. Den Opfern Stimmen, den Tätern Name und Gesicht“. Bis 2008 war die gebürtige Kölnerin jugendpolitische Referentin in der Bundesstelle des BDKJ.

rungsmehrheit und für mehr Öffentlichkeit zu Militäreinsätzen und Rüstungsexporten tun?

**Hoffmann** Ich sehe das nicht so pessimistisch. Dass wir schon einiges erreicht haben, zeigt z.B. eine Emnid-Umfrage, bei der sich 78 Prozent der Bevölkerung grundsätzlich gegen Rüstungsexporte ausgesprochen haben. Die Mehrheit will eindeutig nicht, dass



Die Mehrheit der Bevölkerung will keine Rüstungsgüter aus Deutschland für die Diktatoren in aller Welt

Diktatoren mit Rüstungsgütern aus Deutschland aufgerüstet werden. Im Einzelnen gibt es noch viel Informationsbedarf. Dem versuchen wir mit unserer Kampagne nachzukommen. Wir wollen aufrütteln und wir erleben eine wachsende Resonanz. Wöchentlich bzw. inzwischen vierzehntägig schließen sich neue Gruppen dem Aktionsbündnis an. Zu den Trägern gehören nicht nur die bekannten Gruppen der Friedensbewegung, sondern auch die großen Hilfswerke wie Misericordia und Brot für die Welt. Das hilft bei der Sensibilisierung einer breiten Öffentlichkeit. Die schweigende Mehrheit, die gegen Rüstungsexporte ist, muss zu einer sprechenden Mehrheit werden.

**Amosinternational** Sehen Sie denn Chancen, auch die Basis, etwa die Kirchengemeinden vor Ort, mobilisieren zu können?

**Hoffmann** Der Diözesanrat der Katholiken in Aachen und sein Pendant in Trier sind Mitglied des Aktionsbündnisses, um nur zwei Beispiele zu nennen. Auf Diözesanebene ist die Diskussion vielfach geführt worden. Der Weg von dort bis in die Gemeinden ist manchmal weit. Das ist sehr unterschiedlich und es gibt sicher eine Menge zu tun in den nächsten Wochen und Monaten. Dabei ist es selbstverständlich nicht leicht, über Rüstungsexporte zu sprechen, es ist nie leicht über Krieg zu reden; die Menschen wollen sich lieber für etwas Positives engagieren. Uns geht es darum, bei allem positiven Engagement, zum Beispiel in der Eine-Welt-Bewegung, wachsam zu bleiben und zu verhindern, dass das Positive konterkariert oder zerstört wird durch die Auswirkungen des Waffenhandels. Wenn Deutschland mit der einen Hand Entwicklungshilfe leistet und mit der anderen Hand durch Waffenlieferungen den gleichen Ländern weit höhere Summen aus der Tasche zieht, dann stimmt etwas nicht. Diese

Zusammenhänge müssen deutlich gemacht werden.

**Amosinternational** Die gesonderte, von anderen Fragen isolierte Behandlung der Rüstungsausgaben scheint ein stark verbreitetes Phänomen zu sein.

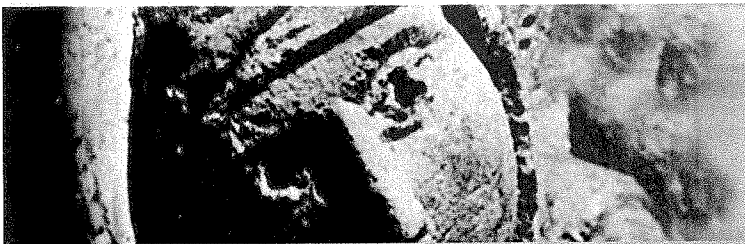
**Hoffmann** Ja, dieser Punkt steht im Zentrum unserer Kritik. Wie kann die Bundesrepublik deutschen Firmen den Verkauf von Rüstungsgütern für horrenden Summen an Länder genehmigen, die gleichzeitig und mit guten Gründen Entwicklungshilfe aus Deutschland beziehen? Es ist das Gleiche, was wir zurzeit auch in Europa sehen: Griechenland und Portugal haben völlig überdimensionierte Budgets für den Kauf von modernsten Rüstungsgütern. Sie kaufen diese nicht zuletzt in den europäischen Ländern, bei deutschen Firmen vor allem, die davon immens profitieren. Wenn man dann andererseits sieht, wie Griechenland gezwungen wird, im sozialen Bereich zu kürzen und wie die Gläubigerbanken Mittel der öffentlichen Hand aus Deutschland und anderen Ländern erhalten, dann kann das nicht richtig sein.

*Das Gespräch führte Richard Geisen*



# Amosinternational

Gesellschaft gerecht gestalten



## Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik

Was dem Frieden dient

Thomas Hoppe

Schutzverantwortung der Staatengemeinschaft

Martin Vehrenberg

Herausforderungen im zivilen Friedensdienst

Axel Heinrich

Medienethik als Friedensethik

Dieter Senghaas

Ordnungspolitik in einer zerklüfteten Welt

Christine Hoffmann

Rüstungsexporte in der Diskussion

Terrorismus als ethische Herausforderung

Zum Wort der deutschen Bischöfe

Sozialinstitut Kommende Dortmund  
2/2012